

Einheitsgewerkschaft und christlich-demokratische Arbeitnehmer

Dr. Norbert Blüm, geb. 1935, besuchte nach einer Werkzeugmacherlehre das Abendgymnasium und studierte dann Philosophie. Seit 1968 ist er Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, seit 1972 gehört er dem Bundestag an. Norbert Blüm ist Mitglied des Bundesvorstands der CDU.

Die Deutsche Gewerkschaftsbewegung hat nach 1945 die Lehren aus den Fehlern von 1933 gezogen. Zwar ist die Einsicht in die Notwendigkeit einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung nicht erst nach dem Zusammenbruch erwacht. Schon vor *Hitlers* Zerschlagung der freien Gewerkschaften war über die Zusammenarbeit und den Zusammenschluß der zersplitterten Arbeitnehmerschaft nach- und die Einheitsgewerkschaft vorausgedacht worden. Im Widerstand gegen den Nationalsozialismus entstand bei Gewerkschaftern verschiedenster Herkunft die feste Absicht, die trennenden Gartenzäune zwischen den Organisationen abzureißen und eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung in der „Zeit danach“ zu schaffen.

So gab es denn auch unmittelbar nach 1945 keinen ernsthaften Versuch, den Faden der Gewerkschaftsbewegung dort wieder anzuknüpfen, wo er 1933 abgerissen war. Daß uns die harten Konflikte zwischen Richtungsgewerkschaften hierzulande erspart blieben, mit denen in westlichen Nachbarländern die Kräfte der Arbeitnehmer verschleudert wurden, verdanken wir diesem neuen Anfang mit

Hilfe der Einheitsgewerkschaft. Doch ist die Nachkriegsgeschichte kein Bilderbuch einer heilen Gewerkschaftswelt. Nicht alle Blümenträume des Jahres 1945 reiften, und manche große Hoffnung blieb auf der Strecke.

Die organisierten Arbeitnehmer in der sowjetischen Zone gerieten bald unter die Knute der Besatzungsmacht und waren schließlich nur noch der verlängerte Arm des verlängerten Armes der SED. Gewerkschaftsführer wurden inhaftiert oder mußten fliehen. Auch dies gehört zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Nachkriegsdeutschland.

Mehr als ein Schönheitsfehler war und ist es auch, daß es nicht gelang, einen Teil der organisierten Angestellten ins System der Industriegewerkschaften des DGB zu integrieren. Neben dem DGB entstand die DAG. Doch beim Stichwort „Verluste der Einheitsgewerkschaften“ denken nur wenige an die Gründung der DAG, obwohl auch sie eine erste Beeinträchtigung des Zieles „einheitliche Gewerkschaftsbewegung“ war. Viel eher stellt sich das Problem der parteipolitischen Einseitigkeit im DGB. Die unterschiedlichen parteipolitischen Bindungen der DGB-Mitglieder lieferten immer wieder den Stoff für innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen.

Sozialdemokratische Schlagseite

Theoretisch ist das Problem der Einheitsgewerkschaft bewältigt im Bekenntnis des DGB zur parteipolitischen Unabhängigkeit. Aber die Praxis des gewerkschaftlichen Alltags läßt sich so leicht nicht in Formeln einfangen, zumal es offenbar im Alltag schwer ist, zwischen der Rolle als Partei- und Gewerkschaftsmitglied zu unterscheiden.

Für die sozialdemokratischen organisierten DGB-Mitglieder tritt die Notwendigkeit des Rollenwechsels erst gar nicht auf, wenn sie kurzerhand Parteiziele mit Gewerkschaftszielen identifizieren. Für die Minderheit wirkt eine solche Beschlagnahme der Gewerkschaften abstoßend. Die Gewerkschaftsbewegung würde sich jedoch selbst amputieren, wenn sie auf die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft verzichten würde; was nicht in der brutalen Form des Ausschlusses geschehen muß, sondern auch in Form einer faktischen Zugangssperre für jene Arbeitnehmer möglich ist, die nicht sozialdemokratische Politik machen wollen, wenn sie Mitglied der Gewerkschaften werden wollen.

Ohne den hohen Anteil von Arbeitnehmerstimmen hätte die CDU nie jene Zahl von Wählerstimmen auf sich vereinigen können, die sie in allen Nachkriegsjahren verbuchen konnte. Diese Wähler sind zwar nicht ausnahmslos gewerkschaftlich organisiert, aber das ist genau das Gegenteil einer Rechtfertigung für die sozialdemokratische Fixierung des DGB. Denn vielleicht liegt ein Grund für das Stagnieren der Mitgliederzahlen des DGB auch darin, daß er sich selbst den Zugang zu einem noch vorhandenen Reservoir an Mitgliedern durch die Fixierung der Gewerkschaftspolitik auf die SPD verschlossen hat. Dabei liefert die gegen-

wärtige politische Situation geradezu einen Nachhilfeunterricht für die Notwendigkeit einer stärkeren parteipolitischen Unabhängigkeit des DGB. Denn keine Partei erfüllt die Forderung der Gewerkschaften, und auch die, die sich von den Sozialdemokraten Wunder versprochen haben, stellen betroffen fest, daß auch die sozial-liberale Regierung nur mit Wasser kocht. Das ist auch für einen christlich-demokratischen Gewerkschafter kein Grund zur Schadenfreude. Aber es besteht die Notwendigkeit, daß sozialdemokratische Gewerkschafter ihre Partei ebenso hart kritisieren, wie das die Öffentlichkeit von CDU-Gewerkschaftern gewohnt ist. Dies erwarten die CDU-Gewerkschafter auch um ihrer eigenen Position willen. Denn DGB-Attacken auf die CDU können von der Öffentlichkeit und in der CDU nur ernst genommen werden, wenn die SPD vom DGB mit der gleichen Elle gemessen wird. Die Mitbestimmung wird nur durchgesetzt werden, wenn der DGB eine überparteiliche Kampagne für die Parität in Gang setzt. Die Personalpolitik des DGB ist ein weiterer Test für den Grad der praktischen parteipolitischen Unabhängigkeit.

Das gemeinsame Erlebnis der Abhängigkeit in der Arbeitswelt ist die Grundlage, von der die Arbeit einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung ihren Ausgangspunkt nimmt. Dabei darf die Gewerkschaft nicht zur Lohnmaschine degenerieren.

Theorie der Einheitsgewerkschaft

Die Erfahrung des Faschismus, die den Gründern der Einheitsgewerkschaften eine breite — auch emotionale — Basis der Gemeinsamkeit gegeben hat, muß heute durch das Bemühen um eine gemeinsame Gewerkschaftstheorie kompensiert werden, durch welche die Einheitsgewerkschaften auch theoretisch abgesichert werden. Eine solche Theorie der Einheitsgewerkschaft kann nur mit einem Gewerkschaftsverständnis verknüpft werden, das die Gewerkschaften selbst nicht als Parteienersatz hypostasiert. Eine allzuständige Gewerkschaft kann nicht Einheitsgewerkschaft sein.

Die Einheitsgewerkschaft ist auf eine pluralistische Gesellschaft angewiesen, in der die Gewerkschaften nur eine unter mehreren Rollen der Bürger artikulieren. Nur in einer pluralistischen Gesellschaft sind Einheitsgewerkschaften möglich, die aus dem Spektrum der politischen Aufgaben sich einige, aber eben nicht alle, vorbehalten. Der Bürger in der pluralistischen Gesellschaft, ist eben nicht nur Arbeitnehmer. Der spezielle Arbeitnehmerstatus als Partner und Kontrahent des Arbeitgebers wird von den Gewerkschaften repräsentiert. Für andere politische Interessen hat er andere politische Instrumente, u. a. auch die Parteien. Es wäre eine Illusion, wenn die Gewerkschaften davon ausgingen, daß in einer Gesellschaft, in der 80 Prozent der Mitbürger Arbeitnehmer sind, diese Arbeitnehmer in all ihren Lebenssituationen von der Wiege bis zur Bahre von einer Organisation repräsentiert würden. Die Selbstbeschränkung der Gewerkschaften ist die Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Pluralismus. Die Reduzierung der Allzuständigkeit

der Gewerkschaften auf spezifische Arbeitnehmerinteressen ist auch „Konzentration der Kräfte“. Diese Reduzierung ist nicht zu verwechseln mit Abnahme der Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer. Es bleiben den Arbeitnehmern, die aus den verschiedenen Parteien im DGB zusammengefunden haben, genug Aufgaben, die sie gemeinsam bewältigen können.

Gegenmacht oder Ordnungsfaktor

Die Alternative Gegenmacht oder Ordnungsfaktor erweist sich unter den Bedingungen einer pluralistischen Gesellschaft als Scheinwahl. Denn in der pluralistischen Gesellschaft werden die Gewerkschaften sowohl Ordnungsfaktor als Gegenmacht sein. Zum Unterschied von zentralistischen Gesellschaftsformen gibt es in der pluralistischen Gesellschaft keine monolithische Machtstruktur. Macht muß in Balance gehalten werden. Die Machtverteilung erwies sich in der Geschichte immer als wesentliche Stütze der Freiheit. Das Wechseln zwischen Zuständigkeiten, und sei es auch die von Vertretungsbefugnissen, schafft Ausweichmöglichkeiten und entzieht den Herrschenden die eindeutige Zugriffsmöglichkeit. Die Gewerkschaften sind als Widerstandsorganisation gegründet worden. Im alleinigen Besitz der Macht oder als Mitträger einer zentralen Macht würden sie ihre Mitgift „Widerstand“ aufgeben und dem Arbeitnehmer die Möglichkeiten nehmen, „nein“ sagen zu können. Die Gewerkschaftsarbeit muß erlebbar sein, wenn die Mitglieder nicht Mitläufer, sondern Mitstreiter sein sollen. Die Alternative zu dieser Art von Gewerkschaftsarbeit heißt entweder Auswandern ins ideologische Sektierertum, das keine Massenbasis erreicht, oder Flucht in den Bürokratismus, der politische Konflikte durch Administration eliminiert.

Veränderungsbereitschaft

Die Veränderungschance der Gesellschaft wird nicht zuletzt durch die innergewerkschaftliche Wandlungsfähigkeit bestimmt. Gewerkschaften, die den Wandel der Gesellschaft fordern, weil sie Verbesserungen nur von der Entwicklung erwarten können, können sich nicht selber starr dem Wandel entgegenstellen. Gewerkschaften mit Mitbestimmung sehen anders aus als Gewerkschaften ohne Mitbestimmung. Wenn sich alles ändern soll, können die Gewerkschaften nicht die alten sein.

Es ist nicht das beste Zeichen für die Dynamik des DGB, daß alle Ansätze zur Organisationsreform in kleinlichen Satzungsdetails hängengeblieben sind. Das Gefälle des Einflusses zwischen den Einzelgewerkschaften kann nicht so bleiben, wie es ist, denn sonst bestimmen drei große Gewerkschaften, was der Rest, einschließlich des Dachverbandes DGB, zu tun hat. Die Abgrenzung zwischen den Aufgaben des DGB und denen der Einzelgewerkschaften ist nicht konsequent und von allen Orts- und Kreisverbänden mehr improvisiert als tatsächlich geregelt.

Neben ihrer auf die Gesellschaft gerichteten Aktivitäten liegt noch ein weites innergewerkschaftliches Betätigungsfeld. Die gemeinsamen Aktionen der Gewerk-

schafter können sich nicht auf alle politischen Gebiete erstrecken. „Alles zu wollen, ist nichts zu wollen" (*Theodor Brauer*). Ausflüge in politische Bereiche, wie die der Ostpolitik und des 5 218, die vom DGB in den letzten Jahren unternommen wurden, entziehen der eigentlichen Aufgabenstellung des DGB wichtige Kräfte.

Die Abgrenzung des gewerkschaftlichen Aufgabenfeldes kann allerdings von keiner außerhalb der Gewerkschaften stehenden Autorität vorgenommen werden. Denn es gibt in der pluralistischen Gesellschaft keinen Platzanweiser für die Verbände. Sie bestimmen ihren Aktionsradius in eigener Verantwortung. Aber die pragmatische Einsicht in Handlungsfähigkeit und sichtbare Erfolge lassen es geraten erscheinen, die Aktionsfelder des DGB zu durchforsten.

Die Diskussion in einer Massenorganisation, wie es der DGB ist, kann nicht atomisiert als individueller Gedankenaustausch geführt werden. Sie wird strukturiert und meinungsgruppenbezogen sein müssen. *Heinz-Oskar Vetter* hat der CDU auf ihrer Bochumer Bundestagung 1973 den Dialog angeboten. Dieser Dialog zwischen verschiedenen Meinungsgruppen unter dem Dach der Einheitsgewerkschaft könnte der Beginn einer neuen durch Diskussion erzeugten gewerkschaftlichen Vitalität werden. Die christlich-demokratischen Arbeitnehmer werden sich an der Weiterentwicklung der Gewerkschaften beteiligen, weil sie sich selbst als einen Teil der Arbeiterbewegung verstehen.